

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/3889

Landeselternvertretung
der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein
Krippe – Kindergarten – Hort



Andreas Henschel
(Vorsitzender)
Hofstraße 1
23919 Behlendorf
Tel/Fax 04544 1758
kitaeltern@kitaeltern.de

Landtag Schleswig-Holstein
Innen- und Rechtsausschuss
Herrn Vorsitzenden Werner Kalinka
innenausschuss@landtag.ltsh.de
Landeshaus
24105 Kiel

27. Januar 2009

*Anhörung eines Entwurfs zum Kindertagesstättengesetz:
Auf Änderung des Kitagesetzes verzichten - Kitafinanzierung aufklaren*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Kalinka,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

die für diese Woche geplante Änderung zum Kindertagesstättengesetz¹ wirkt für viele Eltern eher wie ein Rückschritt und nicht wie der entschlossene Weg der Landespolitik in Richtung eines Vorbildbundeslandes für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Die im Januar 2009 umfänglich bekannt gewordene aktuell geltende Gesetzeslage zum beitragsfreien letzten Kitajahr und die nun geplante Gesetzesänderung verunsichert die Eltern, bringt die Elternvertretung in die Lage, nicht mehr alle Anfragen beantworten zu können, und fordert durch das Hin und Her mit seinen Verwicklungen das Zusammenspiel von Kommunen, Trägern, Erziehern und Eltern unnötig heraus. ***Die Landeselternvertretung regt an, auf die geplante Gesetzesänderung zu verzichten, die Gebührenfreiheit für Februar bis Juli beizubehalten und mit einer Kitafinanzoffensive die Finanzierung von Kitaplätzen aufzuklären und landesweit vergleichbar zu gestalten, wozu wir ausdrücklich unsere Unterstützung auch in der Kommunikation mit den Eltern über die Zwänge eines Finanzrahmens anbieten.***

1.

Mit Email vom 21. Januar 2009 wurde die Landeselternvertretung um eine Stellungnahme per Email gebeten, am 26. Januar fand ein informierendes Gespräch im Bildungsministerium statt. Zur Gesetzesänderung im Dezember 2008 wurde die Landeselternvertretung nicht angehört. Die Landeselternvertretung hat Eltern und Elternvertretern – durch die Zeitspanne eingeschränkt – Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben.

2.

Neben dem Einstieg des Bundes in das Thema „Kita“ sind 2008 Studien über die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung erschienen², die erhebliche regionale und soziale Unterschiede beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und ihrer Nutzung nachweisen³. Es zeigt sich, dass Kinder aus benachteiligten Familien deutlich seltener solche Einrichtungen besuchen. Gerade sie würden aber am meisten davon profitieren. Dabei ist auch die Qualität der Betreuung entscheidend, sie ist für Unternehmensverbands-Chef Driftmann in Schleswig-Holstein ein „Skandal“, weil über neun Prozent des Personals ungelernte Kräfte seien.⁴

Die Landeselternvertretung hat sich die „Kita-kostenlos“ zum Jahresprogramm genommen, bei gleichbleibendem oder möglichst verbessertem Qualitätsstandard. So begrüßen wir vom Grundsatz



den Schritt von Dezember, ein beitragsfreies Kitajahr einzuführen sowie jeden weiteren kleinen Schritte, Kitaeltern zu entlasten.

3.

Im Bundesvergleich ist der Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand für Kitaplätze in Schleswig-Holstein in Westdeutschland der niedrigste und für die Eltern der höchste (27%)⁵. Nach den Infografiken der Tagesschau vom 17. März 2008 ist der Elternbeitrag in Heilbronn mit Null am niedrigsten während Städte aus Schleswig-Holstein gerade für die untere Einkommensgruppe (Familie bis 45.000 €brutto) bei den teuersten liegen⁶. Seit 1. Januar 2004 hat das Land seinen Beitrag gedeckelt. Einer demografischen Entlastung stehen steigende Verwaltungsaufgaben in den Kitas wie z.B. die Essensabwicklung gegenüber. Daneben steht bundesweit seit 1999 und seit 1.1.2004 die Qualitätsoffensive im Kitabereich⁷. Eine qualitative und quantitative Verbesserung für die Betreuung in Kitas ließe sich am einfachsten am eingesetzten Geld einschätzen – das wurde in Schleswig-Holstein bislang allerdings nicht mehr.

In den aktuellen Emails von Elternvertretern zum beitragsfreien Kitajahr wird eine längere Betreuungszeit als fünf Stunden als realistisch angesehen. Wenn beide Eltern oder Alleinerziehende arbeiten, reicht die Betreuungszeit selten aus.

Der Versuch, ein beitragsfreies letztes Kitajahr in Schleswig-Holstein einzuführen, ist bundesweit nicht einmalig. Alle Bundesländer erwägen vergleichbare Maßnahmen. Für sich genommen ist mit der Maßnahme keine signifikante Verbesserung im Ländervergleich zu erreichen.

4.

Es ist kompliziert: Mit dem geplanten Gesetzentwurf würde den Eltern von Kindern im letzten Kitajahr Anfang Januar der Monatsbeitrag vom Konto abgebucht worden sein, dieser wäre von Landtagsabgeordneten Mitte Januar als unberechtigt für Januar bis Juli dargestellt und er wäre dann Ende Januar als in Aussicht gestellte Rückzahlung für Januar zu sehen sein sowie eine Beitragspflicht für Februar bis Juli bedeuten und endlich eine Beitragsfreiheit ab August gewährleisten.

Diese Unsicherheit spiegelt sich in zahlreichen Anrufen und Emails an die Landeselternvertretung wider, wobei der LEV-Vorstand erst seit einem Besuch am Montagvormittag in Kiel über den aktuellen Sachstand informiert ist, der allerdings noch keine verlässliche Auskunft zulässt.

Der rechnerische Wert der Maßnahme von ca. 120 €/Kind/Monat bedeutet für viele Eltern sehr viel Geld. Die Notwendigkeit für einen Kitaplatz ergibt sich für Eltern häufig aus dem wirtschaftlichen Druck⁸. Seit dem 15. Oktober 2008 und dem Zusammenbruch einer US-Bank kann von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussicht ausgegangen werden. Steigende Energiepreise verteuern die Betriebskosten einer Kita. In einigen Städten (z.B. Mölln) steht eine Beitragserhöhung an, andere Träger werden folgen müssen. Im Flächenland Schleswig-Holstein erhöhen insbesondere in ländlichen Regionen steigende Energiepreise die Hürden für Kinder, in eine Kita zu kommen. Die Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.2007 auf 19% trifft insbesondere Eltern für viele Sachen des Kinderbedarfs ohne dass im gleichem Maße Entlastungen durch Freibeträge erfolgt sind. Ebenso trifft die Ökosteuer besonders Haushalte mit Kindern, in denen die Waschmaschine mitunter mehrmals täglich läuft. Ein Hearing im Kreis Herzogtum Lauenburg zur Kinderarmut im Sommer 2008 hat erschreckende Beispiele von Kinderarmut im Umfeld von Kitas gezeigt, vom fehlenden morgendlichen Windelwechsel bis zur Wiederverwertung von Gemüseabfällen.

Ein Hin und Her von 120 € ist schwer als Aufmunterung zu mehr Kitaaufmeldungen und (hoffentlich) weniger –abmeldungen zu deuten.



5.

Die Landesregierung hat mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände eine Absprache zur Finanzierung des beitragsfreien Kitajahres getroffen.⁹ Die Auseinandersetzung über die Finanzierung ließe sich vorziehen. Um eine effiziente Verwendung der vom Land eingesetzten Mittel zu erreichen und um die Effektivität im Sinne des Landeshaushalts, für die betroffenen Eltern und für das Kindeswohl zu verbessern, könnte die Landesregierung einen landesweiten Abstimmungsprozess zwischen Kreisen, Trägern, Land und Eltern moderieren. Eine landesweite Vergleichbarkeit der Kitafinanzierung würde die Akzeptanz von Gesetzesänderungen und begrenzender Rahmen erhöhen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Kalinka, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete, mit überschaubaren Finanzmitteln für den Landeshaushalt ließe sich das Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebot durch Kitas mindestens so weit halten wie es die aktuelle Gesetzeslage vorsieht. Um die Akzeptanz zu erhöhen, sollte nicht mit dem Elternbeitrag gespielt werden.

Wir regen an, auf die geplante Änderung zu verzichten.

Eltern geben ihren Schatz in Kindertagesstätten – Kitas sind die Schatztruhen unseres Landes. Die verbesserte Chance zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung ist Teil der Generationensolidarität. „Und wir werden die Zukunft nur gewinnen, wenn wir endlich Solidarität zeigen mit den kommenden Generationen: Wenn wir unseren Kindern und Enkeln ein Leben in Wohlstand und innerem Frieden ermöglichen wollen, müssen wir jetzt handeln.“¹⁰

Bitte nehmen Sie den Punkt von der Tagesordnung.

Über eine Rückmeldung würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Henschel, LEV-Vorsitzender.

1 Drucksache 16/2430

² Bertelsmann Stiftung „Kinder früher fördern“, UNICEF-Studie zur Kinderbetreuung in den OECD-Staaten

³ Katharina Spieß „Ergänzung zur UNICEF-Studie“

⁴ Hans Heinrich Driftmann <http://www.uv-oh.de/pages/presse2007/artikel196.php>

⁵ Bertelsmann Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2008

⁶ tagesschau-online vom 17. März 2008 zur Studie der Zeitschrift „Eltern“ und des „INSM“

⁷ Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Januar 2004); sowie: Beschluss/Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau (August 2007). Siehe: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/aktuelles.did=1004_36.html.

⁸ Katharina Spieß „Ergänzung zur UNICEF-Studie“

⁹ Schreiben an die Staatskanzlei vom 10.11.2008

¹⁰ Bundesratspräsident Peter-Harry Carstensen am 3.10.2006 Bundesrat aktuell 114/2006